

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

195 (25.8.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen.
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadt-
bereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt
10 Pfennig.

Redaktion, Druck u. Verlag: Adolf Dubs, Durlach, Mittelstr. 6.
Fernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10.101.



Anzeigenberechnung: Die halbpaltene Millimeterzeile
8 Pfennig, Kleinzettel 25 Pfennig. Schluß der Anzeigen-
annahme tags zuvor nach 4 Uhr, für dringliche Familien-
anzeigen am Erscheinungstag 4 1/2 Uhr vorm. Für Blauwor-
schriften und Tag der Annahme kann keine Gewähr übernommen
werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine
Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 195

Mittwoch, den 25. August 1926

97. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Spanien fordert einen Ratsfisch, Polen beharrt auf seiner Forderung, überdies will Spanien die Fragen um Tanager in Genf zur Sprache bringen, damit es ein Mandat des Völkerbundes über Tanager erhalten solle. Was bleibt für Deutschland übrig als zu warten, bis es gerufen wird? Trotzdem glaubt man in Berlin, daß die Lage „entspannt“ sei!

Der amerikanische Professor Barnes ist von seiner Studentenzeit nach Südtirol zurückgekehrt und erhebt schwere Vorwürfe gegen Italien und das Versailler Friedenswerk. Es wird immer deutlicher, daß der Abbruch der deutsch-schweizerischen Verhandlungen über Cupen-Malmedy auf das Eingreifen Poincarés zurückzuführen ist. Das Urteil im Budapester Frankensächserprozeß ist von der Revisionsinstanz bestätigt worden.

Wirtschaftliche Selbsthilfe

Nationale und internationale Kartelle — Das internationale Eisenkartell

Das große Problem für die Privatwirtschaft in der Nachkriegszeit läßt sich auf die kurze Formel bringen: Wie bringe ich als Kaufmann die Herstellungskosten und Unzulagen, die auf einer Ware ruhen, in das richtige Verhältnis zu den Preisen, die ich bei der schwachen Kaufkraft des Publikums nur fordern darf? Die Wege, um dieses Problem zu lösen, können sehr verschieden sein. Der einfachste Weg ist der, daß der Kaufmann von dem Staat einfach verlangt, dieser müsse seine Steuerpolitik, seine Sozialpolitik usw. so einrichten, daß trotz niedriger Preise der Kaufmann verdienen kann. Derselbe Forderung kann gestellt werden an alle übrigen öffentlich-rechtlichen Verbände. Der andere Weg ist gewöhnlich mit Selbsthilfe bezeichnet worden. Darunter versteht man alle jene Maßnahmen des Kaufmanns aus eigenem Willen, durch eine verbesserte Betriebsorganisation, geschicktere kaufmännische Leitung, technische Verbesserung des Betriebes usw., Produktionskosten, Aufwände und Preise so in Einklang zu bringen, daß dem Kaufmann der Gewinn übrig bleibt, auf den er Anspruch hat.

Man kann nun beobachten, daß die deutsche Produktion in letzter Zeit in verstärktem Maße den Weg der Selbsthilfe gegangen ist. Hierher gehören die Aufrufe und Entschließungen der landwirtschaftlichen Organisationen, der Landwirte sowie soweit wie möglich seinen Ausgabeneinzel abzubauen. Hierher gehören aber auch alle die Organisationen — Produktions- und Absatzorganisationen — welche die deutsche Industrie geschlossen hat, sei es, um die nötige Konkurrenz auf dem verengten Innenmarkt auszuschießen, sei es, um das Risiko in der Krisenzeit auf breitere Schultern zu legen. Hierher gehören auch die neuen großen Trusts, wie Vereinigte Stahlwerke A.-G., der Montantrust im Ruhrgebiet, ebenso der Oberschlesische Montantrust und das grandiose Bauwerk der F. G. Farben Industrie A.-G., das vom Kunstbinder bis zur Kunstseide, vom Parfüm, von den Farben bis zu photographischen Artikeln reicht. Trusts, die über ihre amerikanischen Brüder, sowohl was Produktionsleistung anbetrifft, als auch bezüglich der Kapitalmacht hinausragen.

Hand in Hand mit diesem Konzernaufbau geht dann eine Nationalisierung der technischen und kaufmännischen Anlagen, eine Vereinfachung des Verkaufsapparates, um so den Anstoß an die gekunkerte Kaufkraft nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt wiederzufinden. Diesen Weg der Selbsthilfe hat auch die deutsche Eisenindustrie und mit ihr die übrige kontinental-europäische Eisenindustrie beschritten, indem diese Industrien ein kontinental-europäisches Eisenkartell aufrichteten. Der Plan ist von deutscher Seite — von Thyssen — angeregt worden, und zwar zu einem psychologisch sehr günstig gewählten Zeitpunkt. Besonders die französische, luxemburgische und belgische Schwerindustrie wird, trotz aller Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind, das internationale Eisenkartell mitmachen. Denn in diesem Kartell werden diesen drei Industrien so günstige Möglichkeiten geboten, wie sie sie aller Voraussicht nach nie wieder bekommen werden. Die drei Industrien stehen noch die Leiden der Frankensächserkartellierung bevor, und unter diesem Druck werden sie dem günstigen Angebot der Deutschen zustimmen. Wenn hier besonders aus Belgien Widerstand gegen die Abmahnung laut geworden ist, so liegt das einfach daran, daß in Belgien die Vorstufe für eine internationale Kartellierung, nämlich die nationale Kartellierung, noch nicht überwunden ist. Jedes Kartell verlangt von seinen Mitgliedern Disziplin, und diese Disziplin kann den Mitgliedern manchmal nur recht mühsam anerkoren werden. Aber letzten Endes werden auch bei den Belgiern die privatwirtschaftlichen Überlegungen den Ausschlag geben, sobald das Inkrafttreten des internationalen Eisenkartells nur eine Frage der Zeit ist.

Wenn sowohl die nationale, als auch die internationale Kartellierung als eine Ausdrucksform der industriellen

Selbsthilfe bezeichnet worden ist, so darf doch nicht verkantet werden, daß die Kartelle Wirkungen hervorrufen können, die zwar privatwirtschaftlich für die Kartellmitglieder einen Erfolg, für die Bezahler kartellierter Waren und sogar für die gesamte Volkswirtschaft einen Nachteil bedeuten. Nimmt man als Beispiel das internationale Eisenkartell und die in Deutschland streng durchgeführten nationalen Eisenkartelle, so zeigt sich deutlich, daß der deutsche Eisenmarkt in Zukunft gegen jede ausländische Konkurrenz fest abgeschlossen ist. Das bedeutet wiederum, in Deutschland wird der Eisenpreis einzig und allein maßgebend sein, den die Eisenkartelle bestimmen. Man könnte einwenden, es ist ja noch die englische und die amerikanische Konkurrenz vorhanden. Aber hier greifen die Abmahnungen zwischen den deutschen Eisenherstellern und den Eisenhändlern ein, die den Eisenhändlern verbieten, ausländisches Eisen in Deutschland billiger als deutsches Kartelleisen zu verkaufen. Auch die südosteuropäischen Eisenländer und Polen bedeuten für die deutsche eisenhandelnde Industrie keine Konkurrenz; denn die Schwierigkeiten dieser Länder sind finanziell oder durch besondere Abmahnungen an die deutsche Schwerindustrie gebunden, sodaß auch aus diesen Ländern nur Eisen zu deutschen Kartellpreisen in Deutschland verkauft werden kann.

Je nachdem also der deutsche Eisenkartellpreis festgesetzt wird, wird man von einer günstigen oder schädlichen Wirkung der nationalen und internationalen Eisenkartellierung auf den deutschen Eisenmarkt sprechen. Die volkswirtschaftliche Verantwortung, welche die deutschen Eisenindustriellen übernehmen haben, ist ungeheuer groß. Das Gefühl dieser Verantwortung muß dazu führen, daß die Maßnahmen der industriellen Selbsthilfe innerhalb der eisenhandelnden Industrien nicht umschlagend in eine Belastung, der der Schwerindustrie nachgeordneten Wirtschaftsgruppen, der Eisenverbraucherklasse und letzten Endes der Gesamtvolkswirtschaft.

Vom Katholikentag in Breslau

Dr. Marx über Gemeinschaftsfinanzen

Breslau, 24. Aug. Auf der Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland führte Reichskanzler Dr. Marx in einer Rede u. a. folgendes aus:

Wie wenig findet man den Geist wahrhafter Staatsgesinnung in unsem Volk vertreten. Man spricht soviel vom Geist der Demokratie und freut sich, daß sie zum Siege voranschritten ist, aber vom wahren Geist demokratischer Zusammen- und Gemeinschaftsarbeit verspürt man unheimlich wenig. Der Geist des Individualismus beherrscht noch zu sehr die einzelnen Kreise unseres Volkes, ein Individualismus, der jeden Gemeinschaftsfinanzen zerstört und ersticht. Erneuerung des Gemeinschaftsfinanzen muß eine vornehmliche Aufgabe aller derjenigen sein, denen die Pflicht obliegt, für das Wohl des Volkes und des Staates zu sorgen. Diese Pflicht liegt aber gerade im Zeitalter der Demokratie nicht den Behörden ob, sondern ist Sache jedes einzelnen Staatsbürgers. Unter Demokratie versteht man allzu oft nur die Erwerbung größerer Rechte und Freiheiten, übersehen aber, daß die wahre Demokratie auch strenge Pflichtenauflage verlangt von denen, die die Rechte und Freiheiten des Staatsbürgers erworben haben. Der Staat ist nicht etwas fremdes, das Volk selbst ist der Staat. Es ist nicht staatsfördernd und national gehandelt, wenn man die bestehende Regierungsgewalt unablässig täglich kritisiert und herabsetzt, sich aber weigert, selbst mit Hand anzulegen, um den Wiederaufbau unseres zu Boden geworfenen Staatswesens zu fördern. Es vertritt keinen Sinn für die Pflege des staatlichen Geistes, wenn die einzelnen Berufsstände tatzsichtig und eigeninnig lediglich ihre eigenen Interessen vertreten und Berücksichtigung verlangen, ohne dabei zu fragen, ob die wirtschaftliche Lage des eben erst mühsam zum schweren Fall sich aufrichtenden Staates solchen Anforderungen gerecht werden kann. Staatliche Gesinnung vertritt es nicht, wenn die einzelnen Staatsbürger Forderungen an den Staat erheben auf Leistungen, die er in normalen gesunden Zeiten wohl aufbringen könnte, denen er aber in seiner gegenwärtigen schwierigen und äußerst bedrohten Lage nicht gerecht werden kann. Der Staat hat wie jedes Individuum ein Recht auf Selbsterhaltung. Seien wir froh und dankbar, daß es gelungen ist, die Einheit unseres Deutschen Reiches aus dem tiefen Verfall, aus der schweren Katastrophe des Weltkrieges und der Revolution zu retten.

Breslau, 24. Aug. Der Präsident Graf Reipertz verlas ein Antwortschreiben des Papstes auf die Ergebenheitsadresse, die das Lokalkomitee nach Rom gerichtet hat. In dem Antwortschreiben drückt der Papst seine Freude darüber aus, daß auf dem deutschen Katholikentag die Angelegenheiten zur Behandlung bestimmt seien, die in der Not der gegenwärtigen Zeit die allerdringlichsten erscheinen. Dazu gehöre sicher das Bestreben, alle zum Gehorsam gegen das christliche Gesetz zu bringen, als auch die vielfältigen Bemühungen, endlich einmal den Menschen unserer Zeit, die an heidnische Sitten zurückdenken, Zügel anzulegen. Nur auf dem Wege werde es gelingen, unter den Völkern das Reich Jesu Christi zu errichten. Zum Schluß des Schreibens erteilte der Papst den Teilnehmern am Katholikentag den apostolischen Segen. Der Katholikentag sandte an den Erzbischof Moran Del Rio in Legio ein Telegramm, in dem u. a. der Wunsch ausgesprochen wird, daß dem merikanischen Volke bald ein vollkommener Friede zwischen

Staat und Kirche beschieden sein möge. An den Reichspräsidenten von Hindenburg ging folgendes Telegramm: Die 65. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands begrüßt den deutschen Reichspräsidenten mit dem Gelöbnis der Treue zum Reich und der Mitarbeit an seinem Wiederaufbau.

Der Reichspräsident hat aus Dietramszell mit folgendem Telegramm geantwortet:

Der 65. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands danke ich für die freundlichen Grüße, die ich herzlich erwidere, und für das Gelöbnis der Treue und der Mitarbeit, das ich gern entgegengenommen habe. Möge Ihre Tagung guten Erfolg haben und dazu beitragen, den Geist gegenseitiger Verständigung und gemeinsamer Hingabe an das Vaterland zu stärken und zu verbreiten.

Der Umsturz in Griechenland

Als vor einigen Monaten der griechische Diktator Pangalos deutlich zu erkennen gab, daß er mit seinen bisherigen politischen Gegnern paktieren wolle, da konnte der genaue Kenner der Verhältnisse wohl zweifelhaft sein, wann ein neuer plötzlicher Umschwung der politischen Verhältnisse eintreten würde; da es eines Tages dazu kommen mußte, darüber bestand allerdings längst Klarheit. Als Pangalos im Frühjahr des vorigen Jahres mit Hilfe der Armee und Marine die politische Macht an sich riß, da versprach er dem griechischen Volke, wenn auch nicht gerade den Himmel auf Erden, so doch eine fühlbare Erleichterung von den Lasten, an denen Griechenland seit seinem unglücklichen kleinasiatischen Kriege zu schleppe hat. Pangalos versprach innerpolitische Reformen größtenteils Stills, Parlamentsneuwahlen mit ordentlichem Wahlrecht, Versammlungs- und Pressefreiheit, kurz: eine durchgreifende Reform des ganzen öffentlichen Lebens. Seine Herrschaft hat genau das Gegenteil davon gebracht. Zwar löste Pangalos im Herbst 1925 die Nationalversammlung auf; er tat jedoch nichts, um Neuwahlen in Szene zu setzen. Statt dessen betrieb er mit allen Druckmitteln, die die staatliche Macht ihm zur Verfügung stellte, seine Wahl zum Staatspräsidenten, die denn auch im Frühjahr dieses Jahres erfolgte. Die politischen Parteien hatten allerdings in der überwiegenden Mehrheit Stimmhaltungspartien abgegeben, so daß das Ergebnis nicht der wirklichen Volksmeinung entsprach. Unter dem Druck seiner politischen Widersacher ließ Pangalos dann die Komödie der Präsidentenwahl noch einmal wiederholen, und diese Wiederholung war gerade das Zeichen der Schwäche, auf das seine Gegner offenbar gewartet hatten. Denn von diesem Zeitpunkte an wurde die politische Opposition zusehends aktiver und es wurde offensichtlich, daß Pangalos im griechischen Volke auch den letzten Boden unter den Füßen verloren hatte. Nicht zuletzt hat dazu die brutale Art seines Vorgehens gegen seine Widersacher beigetragen. Die Schüsse, mit denen er vor vier Jahren die sechs unglücklichen Minister, die an dem Kabinett des kleinasiatischen Krieges beteiligt waren, ins Jensteits befördern ließ, klingen dem griechischen Volke noch heute in den Ohren. Auch die Verhaftungen, die er noch in der letzten Zeit seiner Herrschaft unter den politischen Führern des ganzen Landes vornehmen ließ, haben nicht dazu beigetragen, seiner wachsenden Unbeliebtheit Abbruch zu tun, umso weniger, als er kaum etwas Wirksames zur Linderung der fürchterlichen wirtschaftlichen und sozialen Not, in die Griechenland durch die starke Rückwanderung des kleinasiatischen Bevölkerungsteils und das Absinken der Währung geriet, getan hat. Das einzige Merkmal seiner Herrschaft, der Vertrag mit Südslawen, der vor wenigen Wochen zustande gekommen ist, hat keinen maßgebenden Einfluß auf die innerpolitische Gestaltung der Dinge haben können. Dazu war es bereits zu spät, und der Anzettel der Bevölkerung hat sich davon nicht mehr aufhalten lassen. Auch die neue revolutionäre Welle, von der Griechenland, oder besser, Athen durchflutet wird, ist von Militärs betrieben, und das ist das einzige Bedenkliche an der Geschichte. Man gewinnt immer stärker den Eindruck, daß die Politik jetzt auch in Griechenland ebenso wie in Portugal eine Angelegenheit ehrgeiziger Militärs und einzelner hemmungsloser Personen wird, die sie lediglich auf ihre persönlichen Interessen zu schneiden. Man wird also mit vorsichtiger Skepsis abzuwarten haben, ob der neue Umsturz dem unglücklichen griechischen Volke, dessen Freiheitskampf vor hundert Jahren in Deutschland noch unvergessen ist, die erhofften innerpolitischen Reformen bringt.

Athen, 24. Aug. Pangalos, der beim Versuch, nach dem Auslande zu flüchten, mit seinem Adjutanten verhaftet wurde, befindet sich in Athen im Militärspital. Er wird mit den ehemaligen Ministern Tavoularis, Tantalides und anderen wegen gemeiner Verbrechen von dem obersten Gerichtshof abgeurteilt werden. Gesternabend brandmarkt in einer großartigen Kundgebung das Athener Volk die abscheuliche Tyrannei und faßte einen Beschluß, der eine verdiente Strafe gegen diejenigen fordert, die die heiligen Rechte des Volkes vergewaltigten. General Kondilis be-

